

Wie Mönche knallhart Politik machen

BUDDHISMUS Die nationalistische und antimuslimische Ma-Ba-Tha-Vereinigung der Mönche will mit fragwürdigen Methoden verhindern, dass die Bevölkerung die „falschen“ Kandidaten wählt

VON AUNG SAN

Nach der Verfassung von 2008 sind die etwa 500.000 buddhistischen Mönche des Landes von den Wahlen ausgeschlossen. Sie dürfen sich auch nicht parteipolitisch organisieren. Umso wichtiger ist es, den Blick auf die Aktivitäten der Mönche zu richten – und auf mögliche Folgen. Erst vor wenigen Wochen hat die „Organisation für den Schutz nationaler Rasse und Religion“ ihre zweite Konferenz in diesem Jahr beendet. Diese buddhistische Gruppierung ist auch im Ausland mit ihren antimuslimischen Aktivitäten aufgefallen. In ihrer Heimat ist sie besser unter dem Namen Ma Ba Tha bekannt. Sie ist eine von zwei wichtigsten buddhistischen Vereinigungen in Birma. In ihr haben sich nationalistische Mönche zusammengefunden. Ihr Einfluss im birmesischen Alltag wächst.



Mönchsprotest gegen internationale Kritik am Umgang mit der Minderheit der Rohingya Foto: dpa

keine politischen Stellungnahmen abzugeben.“

Der Mönch fügte hinzu, dass Ma Ba Tha für 2015 friedliche und erfolgreiche Wahlen wünsche – zugleich aber nicht sehen wolle, dass die Bevölkerung den falschen Kandidaten zum Präsidenten wähle. Daher werde die Gruppierung „objektive Empfehlungen zu den grundlegenden politischen Zielen aller Parteien“ abgeben.

Ähnlich äußerte sich der bekannte Mönch U Wirathu vom Kloster Masoeyein in der Stadt Mandalay, der auch ein Führungsmitglied von Ma Ba Tha ist, in einem Interview mit der britischen BBC. „Wir fordern die Wahlkommission der Union

Myanmars auf, freie und faire Wahlen sicherzustellen, wie es das Ausland wünscht. Ma Ba Tha wird keine Wahlempfehlungen oder Kandidaten geben. Wenn wir politische Parteien kritisieren, dann werden wir ihre Politik und Qualität objektiv beurteilen. Wir werden den Menschen erklären, dass sie die glaubwürdigsten und verlässlichsten Kandidaten für ihre Region, Rasse und Religion wählen sollen – und sich in ihren Wahlentscheidungen nicht nach bestimmten Leuten oder politischen Parteien richten.“

Als Beispiel für das geplante Vorgehen der Ma Ba Tha nannte der Mönch: Wenn in einem

Wahlkreis fünf Kandidaten ins Rennen gehen, „werden wir sie zunächst befragen und die mit ihnen zusammenhängenden Fakten aufzeichnen. Dann werden wir Informationschriften über sie drucken und diese in der Öffentlichkeit verteilen.“

Mönche machen Druck

Den Plan zur Überprüfung der Kandidaten hatten die führenden Mönche schon vor einiger Zeit bekannt gemacht. Man werde Tonaufnahmen und Videos von den Kandidaten herstellen und von Tür zu Tür gehen, um die Ma-Ba-Tha-Schriften unter die Leute zu bringen. „Dann können die Menschen wählen, wie sie wollen“, erklär-

ten die Mönche. Auf der jüngsten Konferenz ist dies nun zur offiziellen Politik der Organisation erklärt worden.

Das bedeutet: Obwohl Ma Ba Tha nicht direkt für eine politische Partei Wahlkampf macht, übernehmen die Mönche Aufgaben, für die gewöhnlich Nichtregierungsorganisationen oder die Medien zuständig sind. Das heißt: Informationen sammeln, Kandidaten befragen und sie filmen, die so gewonnenen Informationen zusammenfügen und verbreiten, Videodokumente anlegen und sie auf DVDs oder Webseiten verbreiten.

Bei den Wahlen von 2010 waren etwa 3.000 Kandidaten angetreten. Im November 2015 werden es mindestens 5.000 Bewerber sein. Daher fragt sich, wie viele Mönche aufgeboten werden, um Informationen über so viele Personen zu sammeln und zu verbreiten.

Besonders interessant: Wo kommt das Geld her, um all das zu finanzieren? Wenn Ma Ba Tha dafür etwa Spenden der buddhistischen Gläubigen verwendet, muss geprüft werden, ob es angemessen ist, so viel Geld aufzuwenden. Und wer kontrolliert, ob diese Mittel ordentlich verwendet werden?

Dabei wäre es wichtig zu wissen, ob die nationale Wahlkommission diese Aktivitäten von Ma Ba Tha überhaupt für rechtmäßig erklärt. Die Weisung der Ma-Ba-Tha-Führung an die Mönche ist nicht geeignet, reibungslos und ordentliche Wahlen durchzuführen, sondern könnte vielmehr neue Probleme schaffen. Das Thema ist heikel. Außer der oppositio-

nellen Nationalen Liga für Demokratie (NLD) hat sich bislang keine einzige politische Partei kritisch über die Aktivitäten der Ma-Ba-Tha-Mönche geäußert.

Der NLD-Sprecher Nyan Win erklärte: „Offen gesagt, nach dem Gesetz haben Mönche nicht das Recht, sich politisch zu engagieren.“ Man werde zu gegebenen Zeitpunkt über das Thema mit der Wahlkommission verhandeln.

Die große Macht der Armee ist kaum zu brechen

MILITÄR Im Parlament stellt die nicht vom Volk gewählte olivgrüne Fraktion 25 Prozent der Abgeordneten. Das garantiert dem Militär in allen wichtigen Fragen ein Vetorecht, auch wenn die Opposition die Wahlen deutlich gewinnen sollte

VON SU MYAT WAI

Die jüngsten Versuche des Parlaments, im Juni die Verfassung zu ändern und so die große Macht des Militärs zu beschneiden, sind kläglich gescheitert. Deshalb wird Myanmar Militär auch in Zukunft einen starken Einfluss ausüben – selbst wenn die Oppositionsparteien die Parlamentswahlen im November 2015 gewinnen sollten.

Den Abgeordneten in der Hauptstadt Naypyidaw gelang es lediglich, einen von sechs Paragrafen der Verfassung zu ändern, konkret den Paragrafen 59d: Künftige Kandidaten für das Präsidentenamt müssen demnach nicht mehr mit „Militärfragen“ vertraut sein, sondern nur noch mit Problemen der „Verteidigung“.

Aung San Suu Kyi abserviert Abgelehnt wurden alle Versuche, die Artikel zu ändern, die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi daran hindern, Präsidentin zu werden. Wer einen ausländischen Ehepartner oder nahe ausländische Verwandte hat, darf nicht für das höchste Amt kandidieren. Aung San Suu Kyis zwei Söhne sind Briten.

Die starke Militärfraktion im Parlament blockierte die entscheidenden Änderungen. Die Uniformierten besetzen – ungewählt – 25 Prozent der Sitze und haben damit ein Vetorecht. Sie können so jedes Gesetz und jede Verfassungsänderung blockieren. Da verwundert es nicht, dass die Militärs auch gegen den Vorschlag stimmten, ihren eigenen Anteil im Parlament zu ver-

ringern. Denn sonst hätten sie ihr Vetorecht verloren.

Aung San Suu Kyi ist damit aus dem Rennen um die Präsidentschaft. Einige politische Kräfte in Myanmar sehen allerdings etwas Positives in den Abstimmungen über die Verfassung: Nun sei es wenigstens sicher, dass die Wahlen stattfinden und nicht von den Reformgegnern im Militär im letzten Moment gestoppt werden.

Die Aussichten für die Zukunft sind aber alles andere als rosig. Politische Beobachter bezweifeln, ob die von Aung San Suu Kyi geführte NLD später in der Lage sein wird, die Verfassung zu ändern, selbst wenn sie mit einem großen Vorsprung gewinnen würde.

Der unabhängige Yangoner Politikwissenschaftler Myat Ko sagt: „Ich erwarte nicht viel. Selbst wenn die NLD den Präsidenten stellen könnte, bleibt immer noch der von Militärs dominierte Verteidigungs- und Sicherheitsrat. Der wird sich vorbehalten, entscheidende Dinge allein zu beschließen.“

Nach seiner Meinung könnten die Militärs nur von der Macht verdrängt werden, wenn alle Abgeordneten plus ein Disident aus den Reihen der Armee gegen diese stimmen würden. Das erscheint aber unmöglich, weil ein strenges System von Befehl und Gehorsam von oben nach unten herrscht. Auch ist überhaupt nicht klar, ob die NLD wieder so überlegen gewinnen kann, wie es ihr bei den ersten Wahlen 1990 gelang.

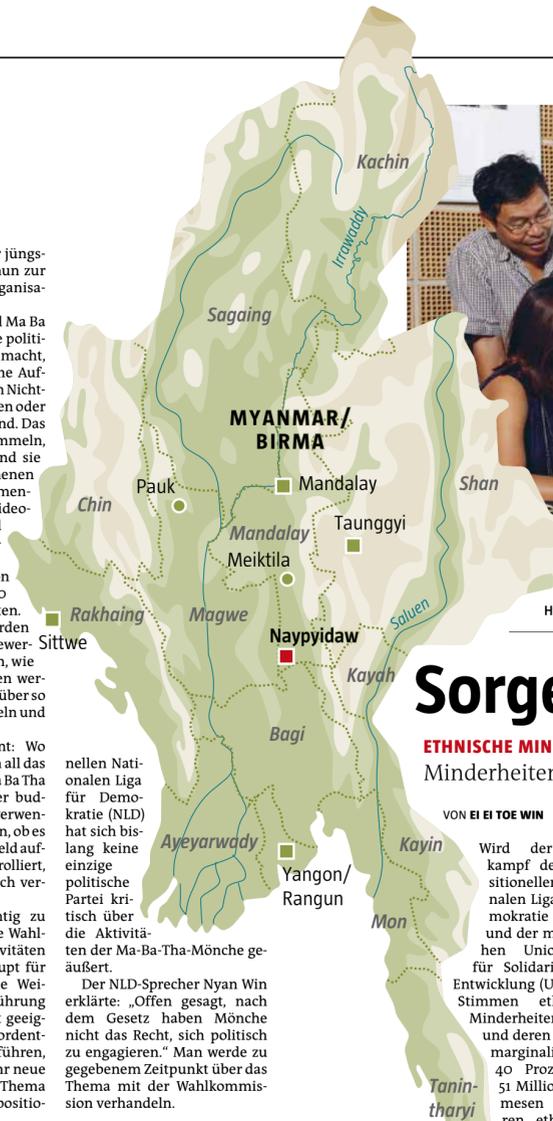
Viel hängt auch davon ab, wie fair sich die Wahlkommission

verhalten wird, die von Tin Aye, einem Exmilitär und Exführer der militärischen Regierungspartei USDP geleitet wird.

Der Kommentator Yan Myo Thein gibt die Hoffnung nicht auf. Er ist überzeugt, dass es noch eine Chance gibt, die Verfassung zu ändern: Wenn die NLD überlegen siegt und es ihr gelingt, ein Referendum über die Reform der Verfassung zu veranstalten. Das könne aber nur passieren, wenn die Opposition mit enorm großem Vorsprung gewinnt.

Aber selbst wenn, unter welchen Umständen auch immer, Aung San Suu Kyi Präsidentin werden dürfte: Ihr wären die Hände gebunden, weil das Militär nach wie vor jede Entscheidung in Verwaltung und Gesetzgebung beeinflussen kann und damit das größte Hindernis für eine Demokratisierung darstellt.

Myat Ko: „Wir können nicht darauf hoffen, dass die Militärs sich zu einer professionellen Armee wandeln und sich nicht mehr in die Politik einmischen.“



Die TeilnehmerInnen des Workshops. Sitzend von links: Ei Ei Toe Lwin, Aung Naing Soe, Kyaw Hsu Mong, Esther Htu San, Htet Htet Khine. Stehend von links: Aung San, Myo Set Nyein Chan, Kyaw Lin Htoon, Satt Tun, Hsu Myat Wai Foto: Anja Weber

Sorgen ethnischer Parteien

ETHNISCHE MINDERHEITEN Beide nationalen Großparteien vernachlässigen die Minderheiten, meinen diese. Deren Parteien fürchten die nationale Konkurrenz

VON EI EI TOE WIN

Wird der Wahlkampf der oppositionellen Nationalen Liga für Demokratie (NLD) und der militärischen Unionspartei für Solidarität und Entwicklung (USDP) die Stimmen Minderheiten spalten und deren Parteien marginalisieren? 40 Prozent der 51 Millionen Birmesen gehören ethnischen Minderheiten an. Doch die beiden großen Parteien kümmern sich nicht um die Gruppen ethnischer Gruppen und bereiten sich vielmehr darauf vor, in allen Wahlkreisen anzutreten, also auch in den ethnischen Hochburgen.

Bisher sind 75 Parteien für die Wahlen registriert, davon 53 auf nationaler Ebene. Um bei dem Mehrheitswahlrecht die Chan-

cen der ethnischen Parteien in Gebieten der ethnischen Minderheiten gegenüber der NLD und USDP zu erhöhen, verhandeln einige Parteien darüber, sich nicht gegenseitig Konkurrenz zu machen und gemeinsam Kandidaten aufzustellen. Egal, ob dann auf nationaler Ebene die USDP oder NLD gewinnt, die ethnischen Parteien wollen über die „nationale Einheit“ mitverhandeln, also als Teil der gesamten Nation gesehen und behandelt werden.

U Pe Than, ein Mitglied der Rakhaing Nationalpartei (RNP) aus der Bruderschaftsvereinigung der Nationalitäten, einem Bündnis 20 ethnischer Parteien, fordert von USDP und NLD in Gebieten der Minderheiten normalerweise die Sitze gewinnen, auf Kandidaturen zugunsten der ethnischen Parteien zu verzichten.

„Wenn die beiden Parteien in diesen Gebieten antreten, werden die ethnischen Stimmen gespalten. Das sät Zwietracht in dem jeweiligen Volk entsprechend der politischen Spaltung“, sagt U Pe Than. Seine RNP hat bereits Kandidaturen in 75 Wahlkreisen angekündigt.

U Win Myint, ein altgedientes Mitglied der von Friedens-

nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi geführten Oppositionspartei NLD, sagt, seine Partei plane auch für Posten ethnischer Minister zu kandidieren wie auch für nationale und regionale Sitze in den Minderheitsgebieten.

„Ob wir mit den ethnischen Parteien verhandeln, entschei-

„Treten Großparteien in Minderheiten-gebieten an, spaltet dies die ethnischen Stimmen“

U PE THAN, RAKHAING NATIONALPARTEI

det unser Zentralkomitee“, sagt er. „Das bestimmt, wer wo kandidiert. Bisher hat es noch keine Gespräche mit anderen Parteien gegeben. Wir wollen eigentlich NLD-Mitglieder mit dem entsprechenden ethnischen Hintergrund in dem jeweiligen Minderheitsgebiet aufstellen, wenn es kein Bündnis mit einer ethnischen Partei gibt.“

Es sei doch weniger wichtig, ob die NLD in Minderheitsgebieten antritt, als vielmehr, dass die Wahlen frei und fair seien, fügt er hinzu. „Unsere Priorität

ist, dass die Kandidaten bei den Wählern beliebt sind. Entscheidend ist die Stimme der Bürger“, so U Win Myint.

U Thein Swe, ein Sprecher der vom früheren Juntachef Than Shwe und anderen Generälen gegründeten USDP, sagt hingegen, die Partei werde sich landesweit um 1.112 Mandate bewerben. Im Jahr 2010 hatte die USDP haushoch gewonnen, weil damals die NLD boykottiert hatte.

Jetzt fürchtet die USDP, weniger Sitze zu bekommen. Trotzdem beabsichtige sie nicht, mit ethnischen Parteien zu verhandeln oder anders Wahlkampf zu führen, um auch die nächste Regierung bilden zu können. „Wir haben noch nie ethnische Angelegenheiten vernachlässigt“, behauptet U Thein Swe. Deshalb hätte die Partei ja auch überall kandidiert.

Die Verfassung ermöglicht Minderheiten, deren Bevölkerungszahl größer als 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung sein muss, also etwa 60.000 im Jahr 2010, in einem Staat oder einer Region einen gewählten Vertreter in das entsprechende Parlament zu entsenden. Diese Abgeordneten sind dann Teil des jeweiligen Parlaments. Im Jahr

DAS VOLK DER SHAN WÜNSCHT ECHTE ENTWICKLUNG

Schwierige Kalküle der Shan

VON SATT TUN

Die ethnischen politischen Parteien sind die erste legitime Opposition zur militärischen Unionspartei für Solidarität und Entwicklung (USDP) gewesen. Sie beherrscht das Parlament seit 2010, dem Jahr der ersten Wahlen seit 1990. Die oppositionelle Rolle der ethnischen Parteien ist eine Herausforderung für die Nationale Liga für Demokratie (NLD) der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi und auch für die bewaffneten ethnischen Gruppen, die mit der Regierung in einem politischen Verhandlungsprozess um einen Friedensvertrag samt Transformation des politischen Systems ringen.

Es gibt zwei große Shan-Parteien: Die Shan Nationaldemokratische Partei (SNDP) und die Shan Nationale Liga für Demokratie (SNLD). Zusammen treten sie gegen die Regierung aus Exilmitärs und der NLD Aung San Suu Kyis an.

Laut dem SDNP-Parlamentsabgeordneten Sai Foe Aung ist noch nicht entschieden, ob seine Partei an den Wahlen teilnimmt. Denn sie viele der nationalen Probleme nicht lösen können. Der Abgeordnete klingt ernüchtert, wenn er feststellt, dass er im Parlament in der Hauptstadt Naypyitaw die Stimmen seiner Wähler kaum vernehmen kann, dort kaum

Einfluss hat und vielmehr unter Druck steht, mit der Regierung zu kooperieren. Der SNLD-Sprecher Sai Lake kündigte an, dass seine Partei in allen Gebieten der Shan zur Wahl antreten werde. Die SNLD war 1990 nach der NLD zweitstärkste Partei geworden.

Viele Shan wünschen sich, dass die SNLD und SNDP zusammenarbeiten, doch Parteipolitik hat das bisher verhindert. Dabei unterscheiden sich die Parteien für viele kaum. SNLD-Chef U Khun Tun Oo hat unter der letzten Militärjunta zwanzig Jahre im Gefängnis gesessen. Die neue, zivile Regierung ließ ihn frei und für die Nachwahl 2012 kandidieren.

Die SNLD setzt sich für eine Änderung der Verfassung von 2008 ein, die bisher Aung San Suu Kyi von der Präsidentschaft ausschließt und unterstützt ansonsten deren NLD. Der SDNP-Abgeordnete Nann Ngwe Ngwe aus Mu Se sagte im Lokaradio, seine Partei habe kein Problem damit, sollte Aung San Suu Kyi Präsidentin werden, solange sie sich darauf konzentriert, eine gute und saubere Regierung zu führen.

Die Shan wollen vor allem wirkliche Entwicklung. Die Regionalregierung hat ihnen bisher nicht helfen können, vielmehr hat sie den Druck auf die Menschen durch illegale Landnahme vergrößert.

Vertrauen in den künftigen politischen und wirtschaftlichen Reformprozess stärken.

Beobachter sagen jedoch vorher, dass es weder einen Deal zwischen den großen nationalen und den ethnischen Parteien geben werde, noch werde eine Partei bei den Wahlen einen Erdrüttungseffekt einfahren. Deshalb dürfte es auf eine Koalitionsregierung hinauslaufen.

Wahlen scheinen klar. Doch das Bild ist nicht schwarz-weiß. Robert San Aung, ein prominenter Menschenrechtsanwalt, glaubt, dass nicht nur die muslimische Minderheit, sondern die Bevölkerung insgesamt von Ungleichgültigkeit befallen ist, weil die Menschen nach all den Jahren der falschen Versprechen und gestohlener Wahlen nicht an diese glauben. „Das ganze Land ist an den Wahlen nicht interessiert, weil sie wohl nicht frei und fair sein werden“, sagt er.

Ein muslimischer Geschäftsmann geht davon aus, dass seine Glaubensbrüder und -schwestern auch künftig „missbraucht und diskriminiert werden“ – egal, wer die Wahl gewinnt. „In dieser Atmosphäre haben wir Muslime keinen Platz.“

Die Gründe für die politische Apathie der Muslime vor den



Vorbereitung zum Fastenbrechen in einer Moschee in Taunggyi, Hauptstadt des Staates der Shan Foto: Soe Zeya Tun/reuters

Die politische Apathie der Muslime

MUSLIMISCHE MINDERHEIT Viele Muslime fragen sich, was sie überhaupt davon haben, wenn sie zur Wahl gehen? Doch diese Gleichgültigkeit betrifft auch andere. Denn nur wenige glauben, dass die Wahlen wirklich frei und fair sein werden

VON AUNG NAING SOE

Es ist gegen 16 Uhr in Kandawlay, einem überwiegend muslimischen Viertel in Yangon: Die Bewohner kaufen ein und kochen für Iftar, das abendliche Fastenbrechen im Ramadan.

Im lokalen Wahlbüro ist vom Treiben in den Straßen nichts zu spüren. Hier können Anwohner überprüfen, ob ihre Namen auf der offiziellen Wählerliste stehen. Aber nur wenige aus der Menge vor der Tür treten ein. „Ich mache das später, wenn die Wahlen näherücken“, sagt Nachbar Than Htun, während er Obst an einem Stand einkauft.

Für die Parlamentswahlen am 8. November zeigen bislang vor allem Muslime kaum Engagement. Sie machen fünf Prozent

von Myanmar 51 Millionen Einwohnern aus, der Rest sind überwiegend Buddhisten. Doch das Land verfällt immer mehr in einen religiösen Nationalismus. Die oppositionelle Nationale Liga für Demokratie (NLD) und die regierende Unionspartei für Solidarität und Entwicklung (USDP) tun alles, um nicht als promuslimisch angesehen zu werden.

Ein lokaler Gemeindefunktionär, der anonym bleiben will, beschreibt die Meinung vieler: „Was haben denn Muslime davon, wenn sie zur Wahl gehen?“ Dabei zählten Muslime zu den eifrigsten Anhängern von Aung San Suu Kyis NLD. Die siegte bei früheren Wahlen in fast allen muslimisch geprägten Wahlkreisen im Land.

Doch der Übergang zu einer zivilen Regierung, die 2011 begann, löste eine Flut buddhistischen Extremismus und sporadischer kommunaler Gewalt aus. Dutzende Buddhisten und Muslime starben dabei. Spannungen im Staat Rakhaing im Westen, wo muslimische Rohingya immer wieder verfolgt werden, verschärfen die Lage. Die Rohingya versuchen, auf Booten zu fliehen, doch ein Schlag gegen Schlepper hat die Fluchtbewegung über das Meer jüngst weitgehend gestoppt. Die Bilder verzweifelter Rohingya haben Myanmar schlechten Ruf in der Welt vergrößert, was den Groll unter Buddhisten und Nationalisten schürt.

Im März 2013 hatte der Mönch U Wirathu, ein promi-

Militärabgeordnete schlafen und dösen am 9. April 2015 im Unterhaus. Wegen sonst unvorteilhafter Fotos wurden Journalisten inzwischen Filmaufnahmen der Sitzungen verboten. Bilder gibt es seitdem nur noch vom kontrollierten Parlamentsfernsehen Foto: Khin Maung Win/afp

Frauen sind weiter Opfer sexueller Übergriffe

VON MYOSET NYEINCHAN

Birmas Armee führt seit der Unabhängigkeit von den britischen Kolonialherren im Jahr 1948 Krieg gegen bewaffnete Gruppen ethnischer Minderheiten im Land. Von 1962 an, als General Ne Win die Macht im Land ergriff, hat das Militär Birma kontinuierlich regiert. Die Regierungstruppen haben ihre Präsenz in den Regionen der ethnischen Minderheiten ständig ausgeweitet. Beide – Birmas Armee und die bewaffneten Gruppen der ethnischen Minderheiten – haben seitdem Menschenrechtsverletzungen begangen. Aber die meisten Verbrechen werden der Regierungsarmee zur Last gelegt.

Die Situation im östlichen und nördlichen Grenzgebiet, in den Regionen der Shan- und der Kachin ist derzeit besonders schwierig. Erst kürzlich warnte etwa ein Mitarbeiter der Kachin-Baptisten-Kirche,

SEXUELLE GEWALT Die Präsenz bewaffneter Gruppen führt zu sexueller Gewalt gegen Frauen. Deshalb muss ein landesweiter Waffenstillstand durchgesetzt werden

Lashi La, vor den Gefahren, die von der Regierungsarmee durch neue Kämpfe, Landminen und scharfe Munition in der Region ausgehen. Besonders gefährlich sei es für Frauen und Mädchen, die außerhalb ihrer Dörfer oder Lager nach Lebensmitteln suchten und immer wieder von Regierungssoldaten verübt sexueller Gewalt ausgesetzt seien, sagte Lashi La.

Bereits im Jahr 2002 haben zwei Menschenrechtsorganisationen der Minorität der Shan einen gemeinsamen Bericht unter dem Titel „Lizenz zur Vergewaltigung“ veröffentlicht. Darin dokumentierten sie 173 Fälle von sexueller Gewalt der Regierungsarmee.

Mehr als ein Jahrzehnt danach, unter der zivilen Reformregierung, veröffentlichte die Birmesische Frauenliga im Jahr 2014 einen weiteren Bericht mit dem Titel: „Dieselbe Straflosigkeit, dasselbe Muster“.

Die Berichte unterscheiden sich nur darin, was Orte und Zeiten betrifft: Unter der amtierenden Regierung von Staatspräsident Thein Sein (seit 2011 im Amt) sind über 100 Fälle sexueller Misshandlungen verzeichnet.

Aufgrund des Stigmas, das traditionell mit Vergewaltigung verbunden ist, bringen viele Frauen der ethnischen Minderheitsbevölkerung die Verbre-

chen nicht zur Anzeige. Selbst wenn sie versuchen, Gerechtigkeit zu erhalten, misslingt dies in der Regel, da die Militärbehörden niemals ernsthaft gegen die Täter vorgehen.

Auch nach den demokratischen Reformen von 2011 diskutieren Politiker und Parlament nur selten über die Situation der Frauen in Konfliktgebieten.

Die prodemokratische Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi hat erklärt, Vergewaltigung diene in Birma „den Streitkräften zur Einschüchterung der ethnischen Volksgruppen“.

Die beiden Berichte stellen übereinstimmend fest, dass die Armee Birmas sexuelle Gewalt in großem Ausmaß als „Kriegswaffe“ gegen die ethnischen Minderheiten einsetzt.

Aktivisten des Friedensnetzwerks der Kachin fordern von der Regierung, ihrer Verantwortung nachzukommen und der sexuellen Gewalt gegen Frauen in den Konfliktgebieten Einhalt

zu gebieten. Obwohl Birma die Erklärung der UNO gegen sexuelle Gewalt von 2014 unterzeichnete, hat die Regierung noch keinen konkreten Plan zu deren Umsetzung vorgelegt.

Das Kachin-Friedensnetzwerk glaubt, dass ein spezielles Gesetz zum Schutz der Frauen gegen sexuelle Gewalt in Konfliktregionen im Parlament debattiert und verabschiedet werden muss.

Voraussetzung für ein Ende der sexuellen Gewalt in diesen Gebieten ist ein Ende der Präsenz bewaffneter Gruppierungen. Dafür muss die Regierung einen landesweiten Waffenstillstand durchsetzen.

Ein weiterer Grund für die Verbrechen der birmesischen Armee ist, dass ihre Angehörigen keine Angst vor Strafe haben. Soldaten werden nur sehr selten zur Verantwortung gezogen. Zudem werden Frauen – vor allem in den Minderheitengebieten – als Menschen zweiter

Klasse angesehen. Und in einigen Vergewaltigungsfällen wird den Opfern selbst die Schuld zugeschoben.

Damit dies nicht so weitergeht, muss die Verfassung von 2008 geändert werden: Diese räumt der Armee fast uneingeschränkte Kontrollrechte ein.

Sollte die oppositionelle Nationale Liga für Demokratie (NLD) die bevorstehenden Wahlen am 8. November gewinnen, wie es viele in Birma hoffen, dann muss sie sich darum bemühen, die Verfassung zu ändern. Der letzte Versuch im Juni dieses Jahres ist gescheitert.

Außerdem muss sie sich für einen landesweiten Waffenstillstand einsetzen und Frauen dazu ermutigen, sich für den Frieden zu engagieren.

Falls die NLD die Mehrheit im Parlament gewinnt, muss sie ernsthaft im Interesse der Menschen arbeiten – und nicht nur für ihre eigene Wiederwahl, wie es die meisten Parteien tun.

Stets mit einem Bein im Knast

VON KYAW LIN HTOON

Vor dem Haus steht ein Holzregal mit Flaschen voll Benzin. Mopedfahrer kaufen den Treibstoff, eine Flasche kostet umgerechnet rund 80 Cent. Ein Schild in einer Ecke weist auf „MCEC-Computer und Englischkurse“ hin. Das ist die Heimat eines Journalisten, der im letzten Jahr seine Freiheit verlor.

Ko Lu Maw Naing lebt im Städtchen Pauk (Region Magway) in Myanmars Trockenzone. Er war Reporter des Wochenmagazins *Unity Journal*, das inzwischen nicht mehr erscheint. Denn der Geschäftsführer und vier Journalisten, unter ihnen Ko Lu Maw Naing, wurden zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie etwas aufgeschrieben, was den Militärs nicht passte: Sie warfen der Armee vor, in der Gegend eine geheime Chemiewaffenfabrik zu betreiben. Die Anklage lautete auf „Verrat von Staatsgeheimnissen, widerrechtliches Betreten des Sperrgebiets der Fabrik, Fotografieren und Beihilfe zu einem Verbrechen“.

Diesen Paragrafen gibt es schon seit 1923. Damals war Birma eine britische Kolonie. Die Briten wollen mit dem Gesetz ihre Herrschaft sichern.

Die Meinung der Bürger über dieses Gesetz ist geteilt: Manche

PRESSEFREIHEIT

Birmesische Journalisten können weiterhin nur so frei berichten, wie es das Militär zulässt. Das greift dabei auf ein Gesetz zurück, das noch aus der britischen Kolonialzeit stammt

verteidigen es, finden aber das Urteil gegen die Journalisten zu hart. Andere lehnen den Paragrafen ab, weil er die Meinungsfreiheit einschränke. Er ist aber nicht der einzige, der Journalisten hinter Gitter bringen kann: Bestraft werden kann etwa jeder, der Gerüchte oder Berichte verbreitet, die „der Öffentlichkeit schaden“ könnten.

Die Zahl der Damoklesschwerter, die über Journalisten hängen, ist unter der quasizivilen Regierung unter Thein Sein nach wie vor groß. Zehn Journalisten sitzen derzeit hinter Gittern, 20 weitere warten auf ihr Verfahren.

Der Journalist Ko Lu Maw Naing und seine Frau Ma Lwin Lwin Mar sind Sorgen gewohnt: Sie lernten sich 2008 kennen, als sie nach dem verheerenden

Zyklon „Nargis“ versuchten, Opfern zu helfen. Weil das damals strafbar war, flohen sie nach Thailand und kehrten erst nach einer Amnestie 2012 zurück.

Die 32-jährige Lehrerin Ma Lwin Lwin Mar muss nun wieder ums Überleben kämpfen. Denn seitdem ihr Mann im Gefängnis sitzt, besucht kaum jemand mehr ihre Kurse: „Niemand wagt das mehr“, sagt die Mutter einer vierjährigen Tochter. Deshalb versucht sie mit Benzinverkauf zu überleben. Vom Journalisten-Netzwerk Myanmar, einer Nichtregierungsorganisation, erhielt sie jüngst 100.000 Kyatt (79 Euro) – ein Tropfen auf den heißen Stein.

Denn das Paar hatte zwei Waisen aus dem nahen Kloster aufgenommen. Die Jungen, acht und zehn Jahre alt, gehen inzwischen zur Grundschule. Die kostet umgerechnet knapp 40 Euro im Monat. Trotz ihrer finanziellen Nöte will Ma Lwin Lwin Mar die Kinder nicht zu den Mönchen zurückschicken.

Einmal im Monat darf sie ihren Mann im Gefängnis besuchen. Dann packt sie so viel Lebensmittel wie möglich ein, denn die Versorgung der Gefangenen ist schlecht. Ihren Mann ermuntert sie, stark zu bleiben. „Er soll meditieren, Englisch lernen und viele Bücher lesen“, sagt sie.



Näherinnen Mitte Juli in der Industriezone Hlaing Thar Yar bei Yangon Foto: Lynn Bo Bo/dpa

Investoren warten die Wahl ab

VON KYAW HSU MON

Sollte die oppositionelle Nationale Liga für Demokratie (NLD) die Wahlen im November gewinnen, dürfte sich dies nach Ansicht von Geschäftsleuten positiv auf die Wirtschaft des Landes auswirken. „Viele amerikanische und europäische Firmen warten derzeit noch ab“, sagt Maung Lay, Vizevorsitzender des Verbandes der Handels- und Industriekammern in Myanmar. „Sie dürften schnell kommen, wenn die Wahlen gut ausgehen. Das trifft besonders auf kleine und mittlere Unternehmen zu.“

Die gegenwärtige Regierung verweist allerdings darauf, dass sich die Investitionen seit 2011, als sie ins Amt kam, bereits zehnfach haben. Für das letzte Haushaltsjahr hatte die staatliche Myanmar Investment Commission mit Investitionen von sechs Milliarden gerechnet – und sah ihre Erwartungen übertroffen. So stiegen die ausländischen Direktinvestitionen in dieser Zeit auf acht Milliarden US-Dollar. Das war doppelt so viel wie 2013/2014. Allein im April dieses Jahres kamen 2,2 Milliarden Dollar ins Land. Topinvestor ist Singapur mit 1,4 Milliarden Dollar, gefolgt von den Niederlanden (430 Millionen) und Indien (207 Millionen).

ENTWICKLUNG Die Wirtschaft dürfte bei einem Wahlsieg der Opposition schneller wachsen. Die vom Militär jahrelang vernachlässigte Infrastruktur braucht große Investitionen

Birma bezieht den wichtigsten Teil seiner Einnahmen aus dem Export von Öl, Gas, Hölzern, Jade und Edelsteinen sowie anderen Rohstoffen.

Das meiste Einkommen stammt aus Öl- und Gasverkäufen. Im April dieses Jahres erreichten die Investitionen in diesem Sektor 2 Milliarden Dollar. Unter den internationalen Firmen, die in diese Industrien investieren, sind chinesische, thailändische, japanische und französische. Die Regierung ermuntert ausländische Firmen, sich an On- und Offshore-Konzessionen zu beteiligen.

116 Millionen Dollar flossen derweil in verarbeitende Industrien und 50 Millionen in das Hotel- und Tourismusgewerbe.

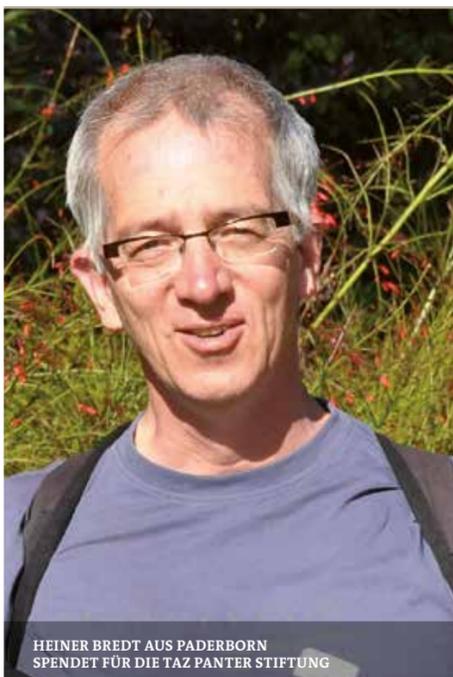
Trotzdem glauben viele in Myanmar, dass ein Wahlsieg der NLD die Situation deutlich verbessern dürfte: Die Rolle des

Militärs würde zurückgedrängt und aus der quasimilitärischen würde eine zivile Regierung.

Es war erst die Freilassung der Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi aus dem Hausarrest im Jahr 2010, der dazu führte, dass sich viele ausländische Geschäftsleute für Investitionen in Birma zu interessieren begannen.

Da Myanmar seit 1962 vom Militär regiert wurde, sind Investitionen in die Infrastruktur dringend nötig: in den Transportsektor, die Stromversorgung und Straßen ebenso wie in die Trinkwasserversorgung. „Wir müssen über dieses Jahr hinaus blicken“, sagt Maung Lay von der Handels- und Industriekammer.

Für 2015 erwartet die Regierung einen Anstieg der Touristenzahl auf fünf Millionen. Vor 2010 kamen weniger als eine Million jährlich. Auch Sabei Aung, Geschäftsführerin von Nature Dream Travel and Tour, glaubt, dass ein Wahlsieg der Opposition dazu führt, die Wirtschaft schneller zu entwickeln: „Wir sehen, dass der Tourismus boomt seit Aung San Suu Kyi freigelassen wurde. Ihr Besuch kürzlich in China lässt erwarten, dass sich etwas verändert, wenn sie siegt. Gewinnt die derzeitige Regierung wieder, wird sich nichts ändern“, glaubt sie.



HEINER BREDT AUS PADERBORN SPENDET FÜR DIE TAZ PANTER STIFTUNG

VOM
WORT
ZUR
TAT

» Gute JournalistInnen brauchen viel Mut und Beharrlichkeit, hier und international. Deshalb unterstütze ich die taz Panter Stiftung! «

Journalistenausbildung machen viele. Wir nicht. Der taz Panter Stiftung geht es um die grundsätzliche Förderung von Journalismus. Wir holen jährlich 80 junge Menschen in unsere taz Akademie, um ihnen zu vermitteln, dass es ohne unabhängigen Journalismus keine Demokratie gibt.

Bitte unterstützen Sie uns!

taz.panterstiftung

JETZT SPENDEN!
TAZ PANTER STIFTUNG, TEL. 030 - 25 90 22 13,
GLS BANK BOCHUM, BANKLEITZAHL 430 609 67
KONTO-NR. 11 03 71 59 00, WWW.TAZ.DE/STIFTUNG

